

Tagesordnungspunkt 11: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten: Jahresbericht 2007 (49. Bericht) (Drucksachen 16/8200, 16/10990) 4. Dezember 2008

20824

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 193. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 4. Dezember 2008

Winfried Nachtwei

- (A) Aufgabe des Wehrbeauftragten ist es, den Schutz der Grundrechte der Soldaten und die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte zu unterstützen. In diesem Amt laufen das Grundverständnis von Streitkräften im demokratischen Rechtsstaat zum einen und Parlamentsarmee zum anderen zusammen. Vor diesem Hintergrund stellt sich meines Erachtens inzwischen die Frage, ob nicht angesichts erheblich anderer Aufträge der Bundeswehr und einer anderen Bundeswehrrealität Ergänzungen der bisherigen Befugnisse, die immerhin schon 1982 gesetzlich festgelegt wurden, zu diskutieren wären. Ich denke dabei an die Zunahme von geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen, bei denen bekanntermaßen die parlamentarische Kontrolle, gelinde ausgedrückt, minimal ist; bei solchen Spezialeinsätzen ist auch die Innere Führung stärker unter Druck. Zu diskutieren ist, ob nicht in dem Zusammenhang andere Befugnisse des Wehrbeauftragten angebracht wären oder ob diese, was langfristige Trends in den Streitkräften angeht, nicht sozusagen durch einzelne Mängelfeststellungen identifiziert werden können. Ich denke zum Beispiel an das Recht, beim Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr entsprechende Untersuchungen in Auftrag zu geben. Darüber sollten wir einmal sprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Im Bericht des Wehrbeauftragten hat ein Problem einen ganz besonderen Stellenwert, das in der medialen Berichterstattung fast gar nicht beachtet wird. Das ist das Führungsverhalten. Führungsverhalten fängt selbstverständlich ganz oben an, so etwa bei der Rechtsklarheit von Aufträgen und Aufgaben.

- (B)

Ich erinnere mich noch an die erste Lesung des Berichts des Wehrbeauftragten am 19. Juni. Damals habe ich Sie, Herr Minister, auf folgenden Sachverhalt hingewiesen: In der Taschenkarte „Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten“ der Bundeswehr sind für Bundeswehrsoldaten verbotene Kampfmittel eindeutig festgestellt. Dies sind neben Antipersonenminen auch atomare Waffen. Gleichzeitig wissen wir alle, dass der Einsatz von Atomwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe weiterhin geübt wird, dass dafür Tornado-Besatzungen vorgehalten werden. Herr Minister, ich habe die Erfahrung gemacht, dass das Ministerium auf diesen Vorhalt taub und stumm reagiert hat. Inzwischen hatten Sie sechs Monate Bedenkzeit, um sich eine Antwort darauf zu überlegen. Ich erwarte, dass Sie diesen Widerspruch gleich in Ihrer Rede auflären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Der Wehrbeauftragte stellt in seinem Bericht zunehmend Defizite im Führungsverhalten von Vorgesetzten fest, und zwar – das ist eine wichtige Ergänzung dazu – nicht in Einzelfällen. Außerdem stellen Sie eine wachsende Tendenz anonymer Eingaben fest, insbesondere wenn es um Kritik an höhergestellten Vorgesetzten geht. Dies ist – da kann man Ihrer Bewertung nur zustimmen – in der Tat ein beunruhigender Trend. Da reicht es ganz und gar nicht, dass das Ministerium in der Stellungnahme zu Ih-

rem Bericht darauf nur grundsätzlich eingeht. Das geht (C) so nicht.

Zu einem richtigen Führungsverhalten gehört schließlich auch, dass höhergestellte Vorgesetzte kritische Entwicklungen offen und ehrlich benennen und weitermelden. Hierzu ist immer wieder festzustellen, dass stattdessen auf den verschiedenen Ebenen der Hierarchie Beschönigungsfilter greifen. Vorhin ist bereits von mehreren Kolleginnen und Kollegen ein Extrembeispiel genannt worden, nämlich die enorme Abwanderung von Bundeswehrärzten. Da haben einzelne Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel die Kollegin Hoff, früh Alarm geschlagen. Auch der Wehrbeauftragte und andere haben früh Alarm geschlagen. Aber der Inspekteur des Sanitätsdienstes – das sage ich ganz deutlich – hat erst einmal den Schleier darüber gehalten. Inzwischen hat es auch der Minister als Problem erkannt. Aber so etwas zu beschönigen, ist mit dem zu fordernden Führungsverhalten nicht vereinbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Herr Wehrbeauftragter, wenn wir Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihre Arbeit danken, dann ist das, obwohl es sich immer wiederholt, ganz und gar kein Ritual. Es ist jedes Mal ehrlich gemeint. Das geht den anderen auch so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Im Zusammenhang mit der Realität und der Praxis der Inneren Führung möchte ich noch einen Aspekt ansprechen. Gestern ist der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes verabschiedet worden, von dem man wirklich sagen kann, dass er in seinen 15 Jahren zu so etwas wie einer Verkörperung des Staatsbürgers in Uniform geworden ist. Natürlich hat er auch immer mal wieder gestört; aber das gehört zu seiner Aufgabe. Ich möchte ausdrücklich betonen: Bernhard Gertz hat sich für die Streitkräfte in der Demokratie, um eine Bundeswehr im Friedensauftrag des Grundgesetzes und nicht zuletzt um seine Kameradinnen und Kameraden verdient gemacht.

(D)

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Bundesminister Franz Josef Jung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wehrbeauftragte unterstützt den Deutschen Bundestag bei seiner parlamentarischen Kontrolle. Herr Kollege Nachtwei, Sie haben dies angesprochen. Art. 45 b des Grundgesetzes sieht den Wehrbeauftragten

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) zum Schutz der Grundrechte vor. Dass diesbezüglich kein Verstoß vorgetragen worden ist, ist ein positives Ergebnis dieses Berichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Soldaten sind – das füge ich hinzu, Frau Kollegin Hoff – gut ausgebildet, gut ausgerüstet, gut motiviert und leistungs- und einsatzfähig. Das hindert uns aber nicht daran, immer wieder die aktuellen Entwicklungen zu beobachten und Verbesserungen vorzunehmen. Wer nicht immer besser werden will, hat aufgehört, gut zu sein. Deshalb ist es richtig, dass wir die Punkte, die angesprochen worden sind, durchaus kritisch beleuchten und prüfen, inwiefern die eine oder andere Verbesserung umgesetzt werden kann.

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass unsere Soldatinnen und Soldaten in einer besonderen Weise gefordert sind. In diesem Jahr wurde bereits der 250 000. Soldat im Ausland eingesetzt. Über 7 000 Soldaten befinden sich derzeit im Auslandseinsatz, sei es in Afghanistan, auf dem Balkan, im Libanon, am Horn von Afrika, im Sudan oder in Georgien. Ich glaube, daran wird deutlich, in welcher Art und Weise unsere Soldatinnen und Soldaten gefordert sind. Es ist deshalb gut und richtig, wenn wir in einer solchen Debatte immer wieder deutlich machen, dass sie diese riskanten Auslandseinsätze in einer, wie ich finde, hervorragenden Art und Weise bewältigen und dass sie beispielhaft das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland steigern. Deshalb haben sie unseren Dank und unsere Anerkennung verdient.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema Ausrüstung muss man darauf hinweisen dürfen, dass es, als sich die Sicherheitslage in Afghanistan verschärft hat, unsere Entscheidung war, nur noch geschützte Fahrzeuge einzusetzen. Frau Kollegin Hoff, wir haben derzeit rund 700 geschützte Fahrzeuge in Afghanistan im Einsatz. Wir haben derzeit in Afghanistan mehr als 120 moderne Allschutztransportfahrzeuge vom Typ Dingo 1 und Dingo 2 im Einsatz. Jetzt kommt der Eagle hinzu, der eine zusätzliche Schutzkomponente darstellt. Ich denke, dass wir auch im Vergleich zu anderen Nationen in einer Art und Weise ausgerüstet sind, dass unsere Soldaten ihren Auftrag mit der notwendigen Schutzkomponente entsprechend durchführen können.

Es wurde ein weiterer Punkt angesprochen. Es geht um die Frage – der Wehrbeauftragte ist darauf eingegangen – der Attraktivität und der sozialen Rahmenbedingungen. Ich finde, dass wir ein Stück weitergekommen sind, indem wir in diesem Jahr den Tarifvertrag umsetzen konnten, damit es eine Perspektive nach oben gibt, und indem wir für die Angleichung der Besoldung Ost an die Besoldung West gesorgt haben. Zum Glück haben wir eine Armee der Einheit, die im Einsatz für den Frieden ist. Deshalb halte ich die Angleichung der Besoldung für richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- Der Wehrsold wurde um 2 Euro pro Tag erhöht. Auch der Auslandsverwendungszuschlag ist zu Recht angesprochen worden. (C)

Es stellt sich aber auch die Frage – das hat der Wehrbeauftragte deutlich gemacht –, wie wir mit der Abwerbung von Piloten und Ärzten umgehen. Im Rahmen der Dienstrechtsneuordnung haben wir eine befristete Stellenzulage vorgesehen. Natürlich kann das nicht die alleinige Antwort sein. Ich habe die Inspekture der Luftwaffe und des Sanitätsdienstes gebeten, eine Gesamtkonzeption zu entwickeln, um wirkungsvoll gegensteuern zu können; denn wir brauchen qualifizierte Soldatinnen und Soldaten auch und gerade in diesem Bereich. Deshalb müssen wir hier noch weiter nachsteuern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist auch die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Dieses Thema spielt nicht nur in der ZDv „Innere Führung“ eine Rolle. Wenn ich das erwähnen darf: Betreuung, Eltern-Kind-Zimmer, Telearbeitsplätze und Teilzeitarbeitsplätze sind Themen, bei denen wir erheblich weitergekommen sind. Wir werden die Debatte noch im Rahmen dieser Plenarsitzung führen. Darin wird deutlich werden, wie wir im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Dienst vorgehen.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Wir dürfen unsere Soldatinnen und Soldaten in schwierigen Situationen nicht allein lassen. Wir haben in diesem Jahr in Afghanistan eine tragische Situation erlebt. Deshalb will ich auch von dieser Stelle deutlich machen, dass wir an der Seite unserer Soldatinnen und Soldaten stehen und deshalb schnell entschieden haben, den Rechtsschutz für unsere Soldatinnen und Soldaten zu verbessern. Ich hielte es für richtig, wenn wir in Zukunft eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für diesen Bereich bilden würden; denn unsere Soldaten haben auch in dieser Hinsicht die Unterstützung von unserer Seite verdient.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Elke Hoff [FDP])

Auch die Frage der gesellschaftlichen Anerkennung möchte ich ansprechen. Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich das nur schlagwortartig tun. Ich nenne als Stichworte das Einsatz-Weiterverwendungsgesetz, die Tapferkeitsmedaille, die der Bundespräsident dankenswerterweise genehmigt hat – auch das ist eine Anerkennung für einen herausragenden Dienst –,

(Beifall bei der CDU/CSU)

und das Ehrenmal, über das diskutiert worden ist und für das wir jetzt den Grundstein legen konnten. Auch das ist ein wichtiger Punkt. Die Soldatinnen und Soldaten sind die einzige Berufsgruppe, die schwört, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, und die letztlich bis zum Einsatz ihres Lebens gefordert ist, wenn dieses Recht und die Freiheit tatsächlich verteidigt werden müssen. Deshalb haben sie eine Würdigung verdient, wenn sie im Einsatz gefallen sind oder sonst im Dienst für die Bundeswehr ums Leben gekommen sind.

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Auch diese Form der Anerkennung gehört meines Erachtens dazu. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir dieses Ehrenmal für unsere Soldatinnen und Soldaten errichten können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich denke, dass wir die Punkte, die hier angesprochen worden sind, aufnehmen und prüfen, in welchen Bereichen wir weitere Verbesserungen herbeiführen können. Ich möchte mich von dieser Stelle aus beim Wehrbeauftragten und bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Zusammenarbeit bedanken. Es ist unser gemeinsames Ziel, alle Anstrengungen zu unternehmen, um unsere Soldatinnen und Soldaten zu unterstützen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ihren Auftrag weiterhin zur Wahrung von Frieden, Recht und Freiheit und im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gut erfüllen können.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort als letzter Redner zu diesem Debattenpunkt hat Kollege Jörn Thießen, SPD-Fraktion.

Jörn Thießen (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der jetzt vorliegende Bericht des Wehrbeauftragten zeigt, verehrter Herr Robbe: Es ist nicht nur gut, dass wir einen Wehrbeauftragten haben, sondern es ist auch gut, dass wir diesen Wehrbeauftragten haben. Vielen Dank für das, was Sie tun. Das ist ein Lob, das ich sicherlich von allen Seiten des Hauses ausrichten kann.

- (B)

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es richtig, Kollege Nachtwei, dass die veränderten Rahmenbedingungen, unter denen Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst in dieser Republik und auch im Ausland tun, auch eine veränderte Rolle des Wehrbeauftragten nach sich ziehen. Es ist ganz richtig, dass wir versuchen, diese Rolle so umfassend auszulegen, dass am Ende auch eigene Instrumente der Untersuchung oder der Analyse für den Wehrbeauftragten geschaffen werden können. Also, Herr Minister, ein Appell an Sie: Öffnen Sie doch auch das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr und seine wirklich großartige Expertise gelegentlich für die Aufgaben des Wehrbeauftragten. Es tut uns allen gut, wenn wir ihm diese Expertise zur Verfügung stellen.

Sie haben in diesem Jahr wieder darauf hingewiesen, dass wir Mängel bei der Ausrüstung haben, dass wir bei den Auslandseinsätzen Schwierigkeiten mit den Ausstattungen haben. Es ist unser gemeinsames Ziel – das gilt für viele in diesem Hohen Hause –, es zu genau diesen Mängeln nicht kommen zu lassen bzw. diese Mängel so schnell wie möglich zu beheben.

Mehr als das, was Sie dazu aufgeschrieben haben, bewegt mich die Frage nach der oftmals fehlenden oder mangelnden Einsicht in den Sinn und Zweck der Einsätze der Streitkräfte im Ausland. Dabei geht es nicht

nur um die Frage, wie wir unsere Soldatinnen und Soldaten vorbereiten, sondern vor allem darum, wie politische Bildung, über die wir vorhin in diesem Hause gesprochen haben, in der Bundeswehr lebendig gehalten wird. Die Fragen „Warum sind wir in den Einsätzen?“ und „Warum ist es wichtig, Streitkräfte der Demokratie zu haben?“ dürfen nicht nur im Ausland eine Rolle spielen, sondern müssen in den Heimatstandorten lebendig diskutiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Die neue ZDv 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“ darf eben nicht Papier sein und bleiben, sondern muss in der Tat strittig diskutiert, umgesetzt und gelebt werden. Ich hoffe sehr, dass die zuständigen Vorgesetzten die nötige Zeit haben, dies in der Bundeswehr umzusetzen.

Sie haben in der Frage der Ausbildung Ihren Fokus auf die Ausbildungsreihe der Offiziere im Heer gelegt. In manchen sogenannten Offiziersanwärter-Ausbildungsbataillonen erleben die Soldaten eine heile Ausbildungswelt, die mit dem späteren Truppenalltag zu wenig Berührungspunkte hat. In den drei Monaten Truppenpraktikum werden sie – sollten sie die Möglichkeit zu einem solchen Praktikum überhaupt haben – zum Teil nur als willkommene Urlaubsvertretung gesehen und oftmals ohne angemessene Begleitung von erfahrenen Ausbildern eingesetzt. Diese ersten Gehversuche gehören aber zu den am stärksten prägenden Erfahrungen ihrer Laufbahn. Deswegen müssen wir darauf achten, dass möglichst alltagsnah und von erfahrenen Ausbildern ausgebildet wird. Im schlimmsten Falle kommt ein junger Heeresoffizier erst nach 79 Monaten zum ersten Mal mit sogenannten normalen Soldaten in Berührung und soll sie dann führen können. Das ist ein großes Problem.

- (D)

Sie weisen darauf hin, dass die infrastrukturelle Umgebung der Bundeswehr verbesserungswürdig ist. Herr Bundesminister, wenn wir schon dabei sind, große Konjunkturprogramme zu verabschieden: Melden Sie sich doch bitte noch einmal beim Kollegen Steinbrück, um herauszubekommen, ob im Konjunkturprogramm ein Euro für das Sonderprogramm „Kasernensanierung West“ übrig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielleicht ist er Ihnen gegenüber einsichtig und aufgeschlossen.

Was nicht funktionieren kann, ist, dass aufgrund einer mangelnden Anzahl an Pendlerwohnungen Soldatinnen und Soldaten in Wohnwagen oder auf Feldbetten in ihrem eigenen Dienstzimmer übernachten müssen. Das würden wir noch nicht einmal auf der Hardthöhe tun und auch nicht in anderen Kasernen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das neue Beurteilungssystem, das seit dem 1. Januar 2007 angewendet wird, wird in vielen Bereichen nicht als größere Gerechtigkeit angesehen. Nur 20 Prozent dürfen wirklich gut sein, was am Ende dazu führt, dass sich vielleicht mehr als 20 Prozent ungerecht beurteilt fühlen. Dies führt nicht dazu, dass die Einsatzmotivation im In-